

V0511/23

Fortschrittsbericht zum Integrierten Klimaschutzkonzept
(Referentin: Bürgermeisterin Kleine)

Antrag:

Der Stadtrat nimmt den Fortschrittsbericht 2023 zum Integrierten Klimaschutzkonzept Ingolstadt (IKSK) zur Kenntnis.

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit	05.07.2023	Bekanntgabe
Stadtrat	25.07.2023	Bekanntgabe

Stadtrat vom 25.07.2023

Stadtrat Reibenspieß verweist auf die Beschlussqualität der Vorlage mit „Entscheidung“ und merkt an, dass dies widersprüchlich zum Antragstext mit „Kenntnisnahme“ sei.

Da dies zu Missverständnissen führe regt Oberbürgermeister Dr. Scharpf an, dies in der nächsten Geschäftsordnungskommission zu beraten.

Stadtrat Dr. Meyer nimmt den Antrag der Verwaltung ablehnend zur Kenntnis. Er merkt an, dass sich seine Gruppierung in den letzten Monaten und Jahren sehr konstruktiv immer wieder mit Anträgen und Nachfragen zum Thema Klimaschutzkonzept eingebracht habe. Die Ausführungen im Zwischenbericht seien ihm zu wenig. Schlimm sei auch, dass es auf gestellte Nachfragen immer weniger Antworten gebe. Dies wolle er an drei Punkten verdeutlichen. Er bemängelt, dass die seitens des Oberbürgermeisters zugesagte Vorlage der Stadtwerke vor der Sommerpause nicht vorliege. Derzeit werden Pläne der städtischen Töchter für den Ausbau von Photovoltaik ohne jegliche Volumina angesprochen. Es stelle sich die Frage, was hier für ein Gewinn bei der Stromeinspeisung erzielt werden könne und was dies auch für die CO₂ Einsparung bedeute, denn dies sei doch das eigentliche Ziel. Auch habe Stadtrat Dr. Meyer zur Kenntnis genommen, dass das Ziel von 50 Megawatt-Zubau pro Jahr nicht mehr als Ziel benannt werden dürfe, da dies eine Richtgröße offenbare. Diese sei aber nötig, um bis zum Jahr 2030 klimaneutral zu werden. Insofern sei dies dann schon ein Ziel, weil die Klimaneutralität bis zum Jahr 2030 beschlossen sei. Wenn hierfür der Zubau von 50 Megawatt benötigt werde, dann sei dies ein unabhängiges Ziel davon, ob dies genannt werden dürfe oder nicht. Stadtrat Dr. Meyer merkt an, dass Ingolstadt hier sehr weit hinterher sei. Trotz der großen Steigerung dieses Jahres und auch durch die günstigeren politischen Rahmenbedingungen sei ein Zuwachs von 25 Prozent, was gerade die Hälfte sei, prognostiziert worden. Dies sei nach den Worten von Stadtrat Dr. Meyer zu wenig. Auch bemängelt er, dass auf den eingereichten konstruktiven Vorschlag, für die Bürgerberatung, dieses Konstrukt von der Energiekarawane, hier völlig ohne Nutzung und Effekte hinterlegt

sei. Dies werde zwar im Zwischenbericht erwähnt, es stehe aber nicht dabei, was unterm Strich in Anspruch genommen werde. Hier gehen Wirklichkeit und Umsetzung weit auseinander. Insofern könne er diesem Zwischenbericht nicht positiv zustimmen und bittet darum, dass hier künftig die Maßnahmen mit mehr Engagement und Klarheit hinterlegt werden.

Stadtrat Wittmann schließt sich den Worten seines Vorredners an. Auch für ihn sei hier kaum ein Fortschritt erkennbar. Weiter verweist er auf die Stadtwerke und merkt an, dass es nicht ganz richtig sei, dass hier nichts passiert sei. Es seien sowohl im vergangenen Jahr, als auch bereits im Jahr 2020 in die Windanlagen in einer Größenordnung von 70 Gigawattstunden investiert worden. Auch laufen derzeit Planungen mit der Gemeinde Karlshuld, wo nochmals 50 bis 60 Gigawattstunden erzeugt werden sollen. Dies sei nach den Worten von Stadtrat Wittmann eine Menge. Allerdings müsse man wissen, dass diese Anlage ein Gemeinschaftsprojekt, mit Kosten von 50 Millionen, sei und 50 Prozent den Stadtwerken und 50 Prozent der Gemeinde Karlshuld gehören. Hier solle ein sogenannter Elektrolyseur gebaut werden, welcher grünen Wasserstoff erzeugen könne. Dies sei allerdings nochmals mit Kosten von 10 Millionen Euro verbunden. Stadtrat Wittmann betont, dass dies eine gewaltige Aufgabe, vor allem zur Ergänzung des Fernwärmenetzes, welche auf die Stadtwerke zukomme, sei. Bei der Fernwärme müsse aber aufgepasst werden, weil grundsätzlich nicht alle Probleme mit Fernwärmeleitungen gelöst werden können. Die derzeitigen 300 Gigawattstunden können auf bis zu 500 Gigawattstunden erweitert werden, wenn z. B. ein Bio-Kraftwerk für weitere 100 Gigawattstunden, welches mit Holz betrieben, zugeschaltet werde. Bei Betrachtung der Zahlen im letzten Winter, werden die Spitzen mit fossilen Brennstoffen abgedeckt. Der Bedarf in Ingolstadt liege aber bei insgesamt 1.500 Gigawattstunden. Dies sei dreimal so hoch, was Ingolstadt in der Lage sei, Fernwärme zu erzeugen. Es sei auch nicht so, dass die Fernwärme der MVA und von Gunvor, welche sinnvoll sei, CO₂ neutral sei. Dies sei nach den Worten von Stadtrat Wittmann nicht korrekt. Hier werde man erst CO₂ neutral, wenn bei der MVA und auch bei Gunvor hinter den Anlagen ein sogenannter CO₂ Absorber geschaltet werde. Hierzu verweist er auf den Partner in Mannheim, der dies so absolviere. Weiter verweist er auf den Begriff Carbon Capture und erläutert diesen. Insofern dürfe das Ganze nicht schön gerechnet werden, sondern wenn für den Klimaschutz was getan werden solle, dann müsse tatsächlich was passieren. CO₂ schädige diesen Erdball nachhaltig und extrem in letzter Zeit. Stadtrat Wittmann verweist wieder auf das Klimaschutzkonzept und geht dabei auf die klimaneutrale Stadtverwaltung ein. Hierzu gebe es ganz interessante Ansätze. Der Grüne Strom der Stadtverwaltung solle durch Photovoltaikanlagen kompensiert werden. Dies sei die Zukunft, aber von einer 100 Prozentigen Umsetzung sei man weit entfernt. Da der grüne Strom kompensiert sei, bedeute dies, dass 10.000 Tonnen anderweitig reduziert werden müssen. Insofern bedeute dies, man brauche einen Plan. Stadtrat Wittmann betont, dass man in den nächsten sieben Jahren, bis zum Jahr 2030 diese 10.000 Tonnen reduzieren müsse, welche in erster Linie durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe entstehen. Dies beginnen in den ca. 460 Gebäuden der Stadt. Er bemängelt, dass hierzu noch kein Plan vorliege. Er betont, dass die Stadtverwaltung von seinem Ziel bis zum Jahr 2030 klimaneutral zu werden, meilenweit entfernt sei. Mit Rücksprache der Stadt Regensburg benötigt diese bis zu 600 Millionen Euro, um diese Klimaneutralität herzustellen. Aus Sicht von Stadtrat Wittmann sei bis dato kein nennenswerter Fortschritt erzeugt worden und dies werde man in den nächsten drei Jahren leider genauso feststellen. Er betont aber, dass man keine Zeit mehr habe. Es müsse schleunigst gehandelt werden und dabei verweist er nochmals auf seine Frage, was mit den Gebäuden der Stadtverwaltung passiere. Dies müsse umgehend mit einem Plan und finanziellen Daten hinterlegt werden, damit eine Umsetzung erfolgen könne. Es sei eine riesen Herausforderung vor der man hier stehe. Aber vor dieser dürfe man sich nicht drücken. Insofern reiche es nicht, schöne Klimaschutzkonzepte vorzulegen, wo immer wieder Zahlen diskutiert werden. Es müsse schleunigst gehandelt werden. Dies sei die Bitte

und die Aufforderung von Stadtrat Wittmann, denn nach seinem Dafürhalten trete man hier zu sehr auf der Stelle.

Den Zustand weiter zu kritisieren, brauche man nicht so Stadtrat Köstler. Er nehme den Bericht gerne zur Kenntnis und betont, dass er dies aber lange nicht so schwarzsehe, wie sein Vorredner. Er zeigt sich über die künftige wesentliche Transparenz erfreut. Gerade diese sei wichtig an dieser Stelle um zu sehen, was für ein Ziel erreicht werden solle. Es sei ja nicht Klimaneutral 2030, sondern Klimaneutral 2035 definiert worden. Die Website die hier kommen solle, erhöhe die Transparenz um zu zeigen, welche Maßnahmen hier erreicht und umgesetzt werden sollen. Es sei klar, dass nicht genug getan werde und das Ziel 2035 könne mit dem heutigen Tempo nicht erreicht werden. Hier stimmt er seinem Vorredner zu. Allerdings sagt Stadtrat Köstler, dass nicht nur mehr Finanzmittel benötigt werden, sondern auch mehr Personal um das Thema voranzutreiben. Einfach nur zu sagen, die Ziele werden nicht geschafft, aber dann gleichzeitig permanent zu bremsen, helfe in keiner Weise weiter. Zum Thema Bäume pflanzen verweist er auf die letzte Legislaturperiode. Hier seien bis dato nicht einmal 40.000 Bäume gepflanzt. Wenn man in diesem Tempo weitermache, dann sei man hier in 100 Jahren fertig. Insofern müsse das Tempo beschleunigt werden. Dies liege aber nicht an den heute agierenden Leuten, sondern an der Grundeinstellung, welche bis heute scheinbar noch fehle. Stadtrat Köstler zeigt sich erfreut, dass sich dies scheinbar geändert habe und freue sich auf die Transparenz zu diesem Thema und dass viele neue Maßnahmen gestartet werden können.

Stadträtin Leininger zeigt sich erfreut über die vielen Emotionen zu diesem Thema. Sie betont ausdrücklich, dass man merke, dass dies ein großes Anliegen sei. Sie sehe allerdings schon, wenn immer kritisiert werde, dass hier Anspruch und Wirklichkeit auseinanderliegen. Dann müsse man hier ganz deutlich zugeben, dass eben diese Kritik auch mit der Umsetzung durch die Politik, gleich geschehen müsse. Also wenn man Kritik habe, dann müsse man überlegen, was die Politik dafür tun könne. Hier streiche sie gerne die Herausforderungen und ersetze diese durch Geld. Es gehe ganz klar darum, wo man das Geld ausgeben wolle. Es werde ganz klar die Abwägung geben, was ein wichtiges Zukunftsthema sei. Wenn die Welt langsam brenne, dann sollte klar sein, was wichtig ist. Zum vorgelegten Fortschrittsbericht, quasi des Zwischenberichtes zum integrierten Klimaschutzkonzeptes, gebe es viele kleine und ein paar größere Schritte. Sie sehe dies als positives Zeichen und zeigt sich erfreut über die Transparenz. Es gebe Erfolge, wo aber die Unterstützung der Politik benötigt werde.

Natürlich könne man sich jetzt daran abarbeiten, dass es jetzt einen transparenten Bericht gebe. Man könne aber auch einfach sagen so Stadtrat Dr. Lösel, dass man in den vergangenen Jahren hier deutlich schneller unterwegs gewesen sei. Dies wolle er an dieser Stelle an dem Thema „Eine Millionen Bäume“ darstellen, denn die Zahlen hier sprechen für sich. Die Idee sei gewesen, die für die Stadtverwaltung anfallenden 12.500 Tonnen CO₂ dadurch einzusparen. Bei Betrachtung des Berichts, sei aber bis dato nur ein Drittel, auch durch die Umstellung auf den grünen Wasserstrom, in der Vorgängerlegislatur, davon umgesetzt worden. Stadtrat Dr. Lösel merkt an, wenn man dieses Programm in der Geschwindigkeit wie im Jahr 2018 begonnen worden sei weitergezogen hätte, dann könnten die kompletten Tonnen CO₂, welche die Stadtverwaltung benötige, eingespart werden. Er bemängelt, den Rückschritt bei den Pflanzungen.

Auf einige Aspekte wolle Bürgermeisterin Kleine gerne eingehen. Im Klimafortschrittsbericht sei ersichtlich, dass man sehr positiv mit diesem „Eine Millionen Bäume Programm“ als CO2 Kompensationsprojekt umgegangen sei. Hier sei das Potential dargestellt, was in den Bäumen liege, wenn diese ein gewisses Alter erreicht haben. Von daher sei die Geschwindigkeit, welche Stadtrat Dr. Lösel angesprochen habe, leider mit einem Verzögerungseffekt von etwa 20 bis 30 Jahren zu betrachten. Bürgermeisterin Kleine betont, dass sie dieses Projekt für eine gute und wichtige Sache und auch damals für richtig gehalten habe. Damals habe sie vor allen Dingen den Zuwachs an Grünflächen in den Mittelpunkt dieses Programms gelegt. Dies sei auch der richtige Ansatz gewesen. Zur Kompensation sei es natürlich wirklich erst lang- und mittelfristig geeignet. Natürlich würde mehr und deutlicher gepflanzt werden, aber jeder Baum benötige auch den passenden Ort zum Wachsen. Auf jedem erworbenen geeigneten Grundstück werden Bäume gepflanzt, weil dieses Programm aktiv und positiv unterstützt werden solle. Ein zweiter Aspekt zu diesem „Eine Millionen Bäume Programm“ sei, hier CO2 Zertifikate zu generieren. Dadurch könne im Grunde eine lokale Kompensation stattfinden für CO2 Emissionen, die tatsächlich nicht eingespart werden können. Mit diesem Vorschlag habe man sich sehr intensiv befasst. Es sei tatsächlich so, dass dieses Programm nicht für echte CO2 Kompensationszertifikate geeignet sei. Hingegen sehr geeignet sei mit Zertifikaten in der Moorrenaturierung einzusteigen. Vor ca. zwei Jahren sei man hier zusammen mit der AUDI-Umweltstiftung in ein CO2 Regio Programm eingestiegen, bei dem es sich darum handelt, wie man regional vor Ort CO2 Zertifikate erwerben und auch kompensieren könne. Sodass nicht irgendwo in fernen Ländern dies unkontrollierbar und vielleicht auch nicht ganz nachvollziehbar CO2 kompensiert werde. Sondern das Geld solle in die Region fließen und die Moore in der Region seien ein 1A CO2 Kompensationsprojekt und zur Zertifizierung geeignet. Der nächste Schritt sei sich auf den Weg zu begeben, um dort echte Zertifikate ausstellen zu können. Bürgermeisterin Kleine betont, dass hier ein bisschen bürokratischer und organisatorischer Aufwand geleistet werden müsse. Selbst wenn aber alle nun regenerierten Moorflächen hergenommen und dafür CO2 Kompensationszertifikate geschaffen werden, dann könne selbst AUDI nicht all ihre CO2 Emissionen hierüber über Zertifikate auf null setzen. Selbst für die AUDI-Kompensation gebe es zu wenig Moorflächen, obwohl diese die höchste Kompensation und CO2 Senke seien. Bürgermeisterin Kleine bedauere sehr, dass zum „Eine Millionen Bäume Programm“ nicht mehr Geschwindigkeit aufgenommen werden könne. Sie begrüße natürlich sehr, dass hier Druck gemacht werde. Es stehe außer Frage, dass noch viel mehr getan werden müsse. Die Klimaziele können nicht erreicht werden, wenn die Bevölkerung nicht mitgenommen werde. Dabei verweist sie auf die Förderprogramme für PV-Dachflächen. Dies müsse jetzt energisch vorangetrieben werden. Die Mini-Solaranlagen haben aufgezeigt, dass die Bürger sich bewusst seien, dass sie eine wichtige Rolle in diesem Prozess spielen. Bürgermeisterin Kleine habe auch die Anforderungen und die Herausforderungen für die Stadtverwaltung und deren Gebäude mitgenommen. Hier sei man nicht völlig planlos. Dabei verweist sie auf den alle zwei Jahre vorgelegten Energiebericht. Bei der Stadt habe man die gleichen Probleme, wie die privaten Personen. Es müsse die ein oder andere Heizung angeschafft werden. Man müsse sich gut überlegen, ob man jetzt eine Gasheizung nochmals repariere oder eine neue Pelletheizung einbaue. Dabei verweist sie auf die kürzliche Umsetzung beim Forstamt. Da alles andere nicht wirtschaftlich dargestellt werden konnte, habe man sich für die Reparatur ausgesprochen. Es müsse hier nicht nur der Unterhalt, sondern auch die Dämmung betrachtet werden. Die CSU habe ihres Erachtens zu wenig in den letzten Jahren davon umgesetzt. Es könne nun nicht dies alles in zwei, drei Jahren aufgeholt werden. Bürgermeisterin Kleine merkt an, dass sie hier einen Weg beschreite um Ziele festzulegen um dort hinzukommen, damit diese Maßnahmen offen diskutiert werden können. Den Erdgas- und Erdölverbrauch in den städtischen Gebäuden habe sie mitgenommen. Dabei verweist sie auf die Berichterstattung im Herbst, seitens von Herrn Hoffmann, zum Ausbau der PV-Anlagen. Hier gebe es einen Ausbau- und auch bereits einen Umsetzungsplan. Das Ganze müsse ganz klar immer in Verbindung mit der schwierigen Haushaltslage geplant werden. Bürgermeisterin Kleine sichert zu, alle mit ins Boot zu nehmen. Es sei richtig

gewesen, einen anderen Storm zu erzeugen und es sei auch richtig Einsparungen vorzunehmen. An Stadtrat Dr. Meyer merkt sie an, dass die Energieagentur immer noch nicht gegründet sei, weil es schwierig sei die Partner in einen zeitlichen Gleichklang zu bringen, welche über die Region verteilt seien. Dies sei eine echte Herausforderung. Aber Bürgermeisterin Kleine finde es richtig, die Bürger individuell und gezielt zu beraten und diese vor allen Dingen mit Förderprogrammen zu unterstützen. Sie sei für Vorschläge offen und froh darüber, dass die Dringlichkeit des Anliegens hier im Gremium von allen geteilt und großartig unterstützt werde.

Stadtrat Schäuble wolle nochmals auf die konkreten Maßnahmen zurückgehen, welche ihm hier fehlen. Sein Stadtratskollege Dr. Meyer habe es völlig richtig angesprochen. Bei Betrachtung des integrierten Klimaschutzkonzeptes stehe vieles, was schön sei. Die Intensivierung des Klimaladens und das Urban Gardening habe man bereits im Starting-Projekt kennengelernt. Das Aktionsprogramm Müll und Verwaltung sei alles wichtig, aber bei den konkreten Maßnahmen, wie Agri-Photovoltaik sollte einfach mal begonnen werden. Dabei verweist er auf die Nachbargemeinden, die dies beim Hopfenanbau probieren und andere innovative Konzepte, wie die kalte Nahwärme generieren. Hierzu habe seine Gruppierung bereits mehrere Anträge gestellt. Hier gehe es ihm einfach nicht schnell genug voran. Aber beim zweiten Punkt sei er seiner Stadtratskollegin Leininger sehr dankbar. Als damals das erste Klimaschutzkonzept diskutiert worden sei, habe er angemerkt, wo pro Euro die meisten Tonnen CO₂ eingespart werden können. Nach diesen Maßnahmen müsse klassifiziert werden. Damals hieß es, dass Stadtrat Schäuble nichts davon verstehe. Nun heiße es, dass auf die gegrenzten Haushaltsmittel geschaut werden müsse, was für die Umwelt getan werde. Stadtrat Schäuble frage sich, wenn dies nun nicht mit einer Kosten-Nutzen-Rechnung erfolge, mit was denn dann. Durch die begrenzten Mittel werde es noch schwieriger die Riesenaufgabe 2030 als Ziel zu haben. Man habe gesagt dies sei unrealistisch, aber auch bis ins Jahr 2035 sei dies unrealistische. Die Anstrengungen seien riesengroß dies zu schaffen. Stadtrat Schäuble sehe nicht, dass die richtigen Maßnahmen ergriffen werden, um möglichst schnell voranzukommen. Die Realität der Stadtverwaltung sei, dass die heute beschlossenen Bauprojekte bis zum Ende nicht fertig werden, sondern dreimal so teuer in der Planung seien. Wenn heute eine Baumaßnahme zur energetischen Sanierung beschlossen werde, liege man bis zum Jahr 2030 bei den dreifachen Kosten. Stadtrat Schäuble finde, hier deutlich pragmatischer und zahlenorientierter heranzugehen und Nachhaltigkeit nicht nur als Gefühl zu betrachten, sondern als Einsparung von CO₂. Er betont, dass er diesen Bericht ablehnend zur Kenntnis nehme.

Es stehe außer Frage, dass Klimaschutz, CO₂-Einsparung und alles was damit zusammenhänge mit viel Berechnung zu tun habe. Aber es sei, den Wortmeldungen zu entnehmen, dass es ein sehr emotionales Thema insbesondere für seine Generation sei, so Stadtrat Witty. Noch nicht angesprochen worden sei die Verkehrswende und die klimaresiliente Altstadt. Klimaschutz sei ein absolutes Querschnittsthema und betreffe alle die sich zwangsläufig damit auseinandersetzen. Darum warne Stadtrat Witty davor, dies immer punktuell auf ein Thema, auf ein Lieblingsthema jedes einzelnen, zu reduzieren. Der Druck sei wichtig und diesen spüre die Verwaltung. Aber der Druck müsse in der Gesamtheit für ein Querschnittsthema Klimaschutz gesehen werden. Die Bitte von Stadtrat Witty sei, dass diese Ambitionen, welche aus der Debatte hervorgegangen seien, auch jede Stadtratsvorlage begleiten. Dabei verweist er auf den Schleifmühlplatz und die Überlegungen zur verkehrlichen Situation bei der Schlosslände. Auch dann erwarte er diese ambitionierten Vorstellungen. Dies betreffe alles in der Gesellschaft und jede einzelnen Stadtratsvorlage. Insofern bittet er darum der Verwaltung den Rücken zu stärken, wenn es sich dann um vermeintliche Entscheidungen handelt, die einzelne betreffen oder gar verärgern werden. Aber gerade dann müsse bei diesem Querschnittsthema Klimaschutz zusammengehalten

werden. Dies bilde dieser Fortschrittsbericht ab. Es sei ein Bericht über den Querschnitt und dies müsse bei allen Abstimmungen der Vorlagen im Hinterkopf behalten werden.

Weil dies ein Querschnittsthema sei, habe man dies zu Beginn der Amtsperiode auf die Ebenen der Stadtspitze gehoben, so Oberbürgermeister Dr. Scharpf.

Bürgermeisterin Kleine wolle einen anderen Perspektivwechsel einfließen lassen, um das Klimaziel 2035 zu erreichen. Die Kommune haben den direkten Einfluss, selbst wenn man mit deutlich Geld in die Beeinflussung gehe, auf etwa 20 Prozent der CO2 Emissionen. So einen geringen Anteil könne die Kommune direkt und selbst wenn man in die Förderung gehe, beeinflussen. Achtzig Prozent liegen bei der Wirtschaft und bei den Bürgern. Das das Klimaziel so ambitioniert vorgeschlagen worden sei, liege daran, dass der größte Arbeitgeber vor Ort, selbst seine eigenen Klimaziele nochmals auf das Jahr 2024 vorgezogen habe. Somit gehe dieser mit gutem Beispiel voran, zumindest bilanziell klimaneutral zu sein. Dieses wichtige Zeichen müsse vom Stadtrat ausgehen. Es könne die Botschaft kommen, dass die Stadt zu langsam sei, zu wenig voranbringe und auch zu wenig städtische Mittel investiere. Diese Botschaft sei allerdings die richtige, weil dann fühle man sich unterstützt bei den 20 Prozent um zu wirken, als zu Beginn der Diskussion zu den Klimazielen. Weiter verweist Bürgermeisterin Kleine auf die bayerische Staatsregierung und bemängelt, dass deren vorgegebenen Ziele mit mageren Förderprogrammen unterstützt werden. Das Konnexitätsprinzip habe nicht funktioniert und dies sei richtig, denn es bedürfe hier auch der politischen Unterstützung. Nach den Worten von Bürgermeisterin Kleine seien bereits viele Maßnahmen wie die Öko-Modellregion, die Umweltstation, der Landschaftspflegeverband und andere Netzwerke umgesetzt, welche darauf basieren, dass sich die Bevölkerung beteilige. Die ganzen Netzwerke aus der Nachhaltigkeit haben sich darin engagiert Strukturen zu schaffen, mit denen man in den nächsten Jahren gut arbeiten könne, um die Klimaziele und die Klimaanpassungsmaßnahmen zu erreichen.

Stadtrat Wittmann stimmt Bürgermeisterin Kleine zu, denn für Lieblingsthemen habe man nicht mehr die Zeit. Er betont, dass er größten Respekt vor den Mitgliedern der letzten Generation habe, auch wenn er nicht die ergriffenen Maßnahmen teile. Aber daraus sei die Angst spürbar, dass diese wirklich ums Überleben kämpfen müssen. Stadtrat Wittmann merkt an, dass sein Lieblingsthema nicht die Sanierung von Gebäuden sei. Es gehe lediglich darum eine Möglichkeit zu finden, wo schnell am meisten CO2 Ausstoß eingespart werden könne. Ganz vorne stehen hier die Gebäudesanierung und die neuen Wärmeerzeugungsanlagen. Er sei kein Gegner von Elektrofahrzeugen, aber es müsse schon bedacht werden, woher der Strom komme. Dieser komme immer noch aus der Verbrennung von Braunkohle. Steinkohle mache auch keinen Sinn, zumal diese aus Südamerika komme. Insofern habe er noch ein paar Fragen bei der Elektromobilität. An Bürgermeisterin Kleine gewandt zolle er ihr Respekt, dass sie die Leistungen der letzten Wahlperiode durchaus benenne. Allerdings widerspreche er ihr, dass es viele Versäumnisse bei der Sanierung von Gebäuden gegeben habe. Bürgermeister Wittmann verweist hierzu auf ein großes Programm und auf die energetische Sanierung sämtlicher Schulen. Er persönlich habe ein Energiesanierungsprogramm für die Sportvereine entwickelt. Es seien sämtliche Gebäude energetisch saniert worden, sodass der Gasverbrauch um zwei Drittel reduziert werden konnte. Auch nichts Neues sei, dass Ingolstadt bereits in den Jahren 2010 und 2011 in der Solarbundesliga immer die Plätze eins und zwei belegt habe. Insofern sei dies keine Erfindung aus dem Jahr 2020 und man habe nicht bei Null begonnen. Hier müsse man gemeinsam agieren und Ideologie sei hier völlig falsch am Platz, wenn das Ziel erreicht werden solle. Was den Haushalt anbelange glaube Stadtrat Wittmann könne man ihm nicht

unterstellen, dass er diesen komplett aus den Augen verloren haben. Er wisse was auf die Stadt zukommen. Aber eines sei klar, dass alleine mit Geld alles zuzudecken funktioniere nicht. Insofern regt er an, diesen Weg gemeinsam zu gehen, um schneller voranzukommen, denn sonst erreiche man das selbst gesteckte Ziel 2030 für die Stadtverwaltung und 2035 für die Stadt, nicht.

Das Thema Querschnittsaufgabe sei völlig richtig, so Stadtrat Dr. Meyer. Deswegen weise er darauf hin, dass es insgesamt völlig unzureichend sei, was passiere. Er mache dies an dem Punkt fest, dass dies vor ca. 20 Jahren schon bekannt gewesen sei. Stadtrat Dr. Meyer erlaube sich schon darauf hinzuweisen, dass in den letzten zwei Jahren nichts zu sehen gewesen sei. Seines Erachtens war es die JU, die bei der Haushaltsberatung darauf hingewiesen habe, dass keine Zustimmung erfolgen könne, wenn es keine sinnvollen Fördermittel für einen privaten PV-Ausbau gebe. Auch wenn es keine Fördermittel oder keine städtischen Investitionen in den Radwegeausbau gesetzt werden. Jetzt sei zum Frühjahr dieses Jahres ein Förderprogramm für den PV-Ausbau hinterlegt worden. Dies sei aber eher für das Strohfeuer der Balkonkraftwerke und nicht für die PV-Anlagen auf dem Dach, die die durch die wirkliche Masse einen sichtbaren Erfolg bringen. Das Vorgehen bei den Förderprogrammen sei so, dass man mal schaue, was komme, was die Leute abrufen und dann werde nochmals Geld hinterher geschossen. Mit Verlaub so Stadtrat Dr. Meyer, sei dies kein Plan, sondern dies sei das Gegenteil von einem strategischen Vorgehen. Er werde sich auch die nächsten Jahre erlauben, immer wieder darauf hinzuweisen.

Seine Generation und die davor habe die Situation die man jetzt vorfinde und die letzte Generation auf die Straße treibe zum Teil verbockt, so Stadtrat Höbusch. Im Herbst werde es ganz viele Entscheidungen geben, wo man in die Abwägung gehen müsse. Hier könne er sich dem Appell von Stadtrat Wittmann anschließen, dies gemeinsam zu machen. Aber er habe den Verdacht, nicht zu den Maßnahmen und zu den Entscheidungen kommen zu können, da die Geschwindigkeit nicht eingehalten werde.

Wie der Debatte zu entnehmen ist, sei integrierter Klimaschutz ein ganz wichtiges Ziel, so Herr Hoffmann. Weiter verweist er hierzu auf den Baubereich. Bei den Neubauten sei es einfacher und der Stadtrat lege fest, welche Standards gewünscht seien. Dies sei mit höheren Kosten verbunden, sollte aber angestrebt werden. Bei den Sanierungen sei es ein Thema nicht zuletzt, weil das ganze im strategischen Immobilienmanagement verankert werde. Es sei nicht falsch, dass bereits in den Vorjahren in der energetischen Sanierung Dinge gelaufen seien. Natürlich könne man noch ein bisschen mehr machen.

Es sei öfter erwähnt worden, das Ganze zusammen zu machen. Stadtrat Köstler denke, wenn jetzt immer Kritik an der Balkonkraftwerkförderung komme, dass diese finanziell gesehen nicht sehr effizient sei und man an anderer Stelle vielleicht mehr mit anderen Programmen machen könne, dann sehe er ein, dass dies jederzeit möglich sei. Aber dies zusammen zu machen, dürfe sich nicht nur auf den Stadtrat beziehen. Denn dies müssen auch die Bürger von Ingolstadt zusammen leisten. Insofern stelle sich hier die Frage der Motivation. Dann könne es manchmal sinnvoll sein, auch eine Investition für Balkonkraftwerke, welche nicht optimal aus Sicht des Finanzmitteleinsatzes sei, vorzunehmen, wenn diese aus Sicht der Motivation unschlagbar sei. Insofern sehe er diese Kritik als unangebracht.

Stadtrat Dr. Schuhmann fühle sich für die nachfolgende Generation verantwortlich und er erinnere daran, dass er bereits vor 50 Jahren vorgeschlagen habe, die Abwärme zu nutzen. Die damalige Aussage war, dass sich dies nicht rentiere und wirtschaftlich völlig indiskutabel sei. Auch habe er damals vorgeschlagen, einen Bahnhalt bei AUDI zu errichten. Was er damit sagen wolle sei, dass es damals keinen Druck gegeben habe und viele Dinge auch vom Land oder Bund nicht als dringlich betrachtet worden seien. Erst in der letzten Legislaturperiode seien wirklich Ansätze gemacht worden, um dies in diese Richtung voranzutreiben. Aber er merkt an, dass auch Dinge blockiert wurden. Dabei verweist er auf die Diskussionen beim Landschaftspflegeverband. Er betont, dass alle in einem Boot sitzen und unter einem erheblichen Druck stehen. Stadtrat Dr. Schuhmann zeigt sich erfreut, dass er diesen Bericht zur Kenntnis nehmen dürfe und merkt an, dass alle gemeinsam handeln müssen.

Die Mitglieder des Stadtrates nehmen den Bericht zur Kenntnis.